

<http://www.taz.de/!5271599/>

TAZ, 4.2.2016, Christian Latz

## Britisches AKW Hinkley Point C

### Bau verschlingt noch mehr Milliarden

Das AKW Hinkley Point C wird immer teurer, so eine Studie im Auftrag von Greenpeace Energy. Zudem soll es deutsche Ökostromanbieter bedrohen.



Protest gegen Hinkley Point C regt sich auch vor Ort in Großbritannien. Foto: dpa

BERLIN taz | Mittlerweile soll der Bau **mindestens 33,7 Milliarden Euro** verschlingen, dazu kommen **108 Milliarden Euro Steuerzuschüsse**. Wahrscheinlich werden die Gesamtkosten des geplanten britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C sogar noch höher sein. Das ist das Ergebnis einer Studie der Diplom-Physikerin Oda Becker im Auftrag von Greenpeace Energy.

Der Ökostromanbieter will mit der Untersuchung auf eine drohende Schieflage aufmerksam machen: Wenn Hinkley Point C eines Tages hochsubventionierten Atomstrom auf den europäischen Markt bringt, erschwert das die Wettbewerbschancen von Firmen wie Greenpeace Energy.

Laut der Untersuchung ist bei der Kostenaufstellung auch der zusätzliche **Atommüll für die Endlagerung** unberücksichtigt. Becker schätzt, dass sich die Menge des britischen Atommülls durch die insgesamt 13 geplanten AKWs verdoppeln könnte. Ein Endlager würde dann nicht reichen – und auch nicht die 12 Milliarden Pfund, die die Regierung derzeit dafür veranschlagt.

Noch wird über die britischen Subventionen vor dem **Europäischen Gerichtshof** gestritten. Unter anderem Greenpeace Energy und Österreich hatten wegen Wettbewerbsverzerrungen geklagt. Sollte die Klage gegen die Atomsubventionen scheitern, erwartet Becker, dass **Hinkley Point C** zum **Vorbild für einige osteuropäische Länder** wird. Zurzeit sei es

schwer, private Investoren für Atomkraftwerke zu finden. „Diese Länder könnten sich am britischen Subventionsmodell orientieren“, sagte Becker.

Nicht ohne Grund **unterstützen derzeit daher Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei Großbritannien im Gerichtsverfahren.** Energy-Sprecher Marcel Keifenheim kritisierte hingegen, dass die Bundesregierung die österreichische Klage nicht unterstützt: **„Dass Deutschland bei dieser Entwicklung untätig bleibt, ist unverantwortlich.“**